



Presseschau vom 18.09.2021

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, snanews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online*, *Inr-portal*, *Novorossia*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken *dan-news*, *lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir*, *UNIAN*, *Ukrinform*, *KorrespondenT* und die Online-Zeitung *Timer aus Odessa* ein. Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (*dnr-online*, *Inr-portal*, *Novorossia*, *dan-news*, *lug-info*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (*BigMir*, *Ukrinform*, *UNIAN*, *KorrespondenT* und *Timer*) gekennzeichnet. Die Wiedergabe russischer und anderer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet. Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

Die Online-Version ist unter <https://alternativepresseschau.wordpress.com/> erreichbar.

Außer der Reihe – Lesetipps:

de.rt.com: **Peking: USA müssen Minderheitenrechte sicherstellen**

Vor allem während der Präsidentschaft Donald Trumps hatten sich die chinesisch-amerikanischen Beziehungen zusehends verschlechtert. Daran hatte nicht zuletzt auch der Ausbruch der Corona-Pandemie einen Anteil. Im Zuge beider Entwicklungen kam es vermehrt zu rassistischen Angriffen auf Chinesen in den USA. ...

<https://kurz.rt.com/2nvp>

de.rt.com: **Studie: Ehemals solide Mittelschicht würde von Erhöhung des Mindestlohns profitieren**

Eine aktuelle Studie des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts zeigt auf, dass von einer Erhöhung des Mindestlohns nicht nur wenige Nischen profitieren würden, sondern ganze Berufsgruppen, die vor der Senkung der Tarifbindung zu ordentlichen, sicheren Berufen zählten.

<https://kurz.rt.com/2nve>

de.rt.com: **KBV-Vorstand fordert Aufhebung aller staatlichen Corona-Maßnahmen**

Der Vorstand der Kassenärztlichen Bundesvereinigung (KBV) forderte von der Politik die Aufhebung der Corona-Maßnahmen und die Nennung der angestrebten Impfquote. "Gruselheterik" und "Panikpolitik" müssten enden, da sich mittlerweile jeder Bürger

eigenverantwortlich impfen lassen kann. ...

<https://kurz.rt.com/2nw5>

Gert Ewen-Ungar: "Viel Porzellan zerschlagen" – Merkels aggressive Politik gegenüber Russland

Von ihrem Vorgänger übernahm Angela Merkel ein zwar nicht konfliktfreies, aber intaktes deutsch-russisches Verhältnis. Nach 16 Jahren ist davon nichts übrig. Der europäische Kontinent ist wieder geteilt. Unter Merkel erneuerte sich das Denken in Machtblöcken. ...

<https://kurz.rt.com/2nes>

Susan Bonath: Selektion an den Unis: Impfen, teuer "frei" testen oder Studium ade

Ohne tagesaktuelle, bald kostenpflichtige Corona-Tests geht für Ungeimpfte fast nichts mehr. Studenten sind besonders betroffen. Wer sich nicht impfen lassen will, soll künftig tief in die Tasche greifen oder sein Studium abbrechen. Das Recht auf Bildung zählt nicht mehr. ...

<https://kurz.rt.com/2nvf>

Karin Leukefeld: Wie der Westen aus Syrien einen humanitären Notfall macht

Am Mittwoch traf in New York erneut der UN-Sicherheitsrat zusammen, um über die humanitäre Lage in Syrien zu sprechen. Die Treffen sind seit Beginn des Krieges 2011 ebenso Routine wie die politischen Kontroversen der UN-Sicherheitsratsmitglieder darüber, wie mit dem Krieg umzugehen sei und wer welche Verantwortung trägt.

<https://kurz.rt.com/2nw9>

Tilo Gräser: Polizei in Thüringen übt massives Vorgehen bei Demonstrationen gegen Corona-Politik

Nach einem Zeitungsbericht hat die Polizei im von der Linkspartei mitregierten Thüringen das Vorgehen gegen Gewalt bei Anti-Corona-Protesten trainiert. Dagegen gibt es weiter Kritik an mutmaßlicher Polizeigewalt sowie Zweifel an den Vorwürfen gegen die regierungskritischen Proteste.

<https://kurz.rt.com/2nww>

abends/nachts:

de.rt.com: US-Sanktionen gegen mehrere chinesische Unternehmen in Hongkong

Die Vereinigten Staaten haben Sanktionen im Zusammenhang mit dem Iran gegen mehrere in Hongkong ansässige chinesische Unternehmen verhängt, wie aus einer Mitteilung hervorgeht, die am Freitag auf der Webseite des US-Finanzministeriums veröffentlicht wurde.

Mehrere in Hongkong ansässige chinesische Unternehmen sind von Sanktionen betroffen, wie aus einer Mitteilung hervorgeht, die am Freitag auf der Webseite des US-Finanzministeriums veröffentlicht wurde. Demnach habe das Office of Foreign Assets Control (OFAC, Amt zur Kontrolle von Auslandsvermögen) des US-Finanzministeriums gegen die Mitglieder eines Netzwerks von im Libanon und in Kuwait ansässigen Finanzinstituten, die die libanesische Hisbollah finanzieren, Sanktionen verhängt.

Darüber hinaus benennt das OFAC Mitglieder eines internationalen Netzes von Finanzvermittlern und Scheinfirmen, die die Hisbollah und die IRGC-Qds-Force (Islamic Revolutionary Guard Corps-Qods Force) unterstützen und Dutzende von Millionen Dollar durch regionale Finanzsysteme gewaschen sowie Devisengeschäfte und den Handel mit Gold und Elektronik zugunsten der Hisbollah und der IRGC-QF abgewickelt haben sollen.

Die Hisbollah nutze "weiterhin den legalen Handelssektor für finanzielle und materielle Unterstützung, die es der Gruppe ermöglicht, Terrorakte zu verüben und die politischen Institutionen des Libanon zu schwächen", so das US-Finanzministerium. Die US-Regierung

betrachtet die Hisbollah als Terrororganisation. Unter dem damaligen Präsidenten Donald Trump hatten die USA 2019 auch Irans Revolutionsgarden, eine Eliteeinheit der iranischen Streitkräfte, als Terrororganisation eingestuft.

Die Sanktionen gelten auch für den in China lebenden Geschäftsmann Morteza Minaye Hashemi, der Geld an die iranische Quds-Einheit weitergeleitet habe, hieß es weiter. Zwei chinesische Staatsangehörige hatten Hashemi bei der Einrichtung von Bankkonten geholfen und als Strohleute für seine Unternehmen gedient, die in Hongkong und auf dem chinesischen Festland ansässig waren, so die Mitteilung des Finanzministeriums.

Hashemi kontrolliere mehrere Unternehmen mit Sitz in Hongkong und auf dem chinesischen Festland, unter anderem Black Drop Intl Co Ltd, China 49 Group Co Ltd, Damineh Optic Ltd, PCA Xiang Gang Ltd, Taiwan Be Charm Trading Co Ltd, Victory Somo Group HK Ltd, Yummy Be Charm Trading HK Ltd, wie es hieß.

Bei den chinesischen Staatsangehörigen handelte es sich um Yan Su Xuan und Song Jing. In der Erklärung heißt es, dass Yan Su Xuan im Auftrag von Hashemi auch Produkte mit doppeltem Verwendungszweck mit US-Ursprung für den Weitertransport in den Iran gekauft hat.

"Gemeinsam haben diese Netzwerke Dutzende Millionen Dollar durch regionale Finanzsysteme gewaschen und Devisengeschäfte sowie den Handel mit Gold und Elektronik zugunsten der Hisbollah und der IRGC-QF abgewickelt", sagte US-Außenminister Antony Blinken in einer Erklärung und bezog sich dabei auf die Quds-Einheit des Irans, den Arm der Revolutionsgarden (IRGC), der die verbündeten Milizen im Ausland kontrolliert. Dazu hat das Finanzministerium Namen und Abläufe veröffentlicht, wie Gold beispielsweise aus dem Iran in die Türkei gelange und die Erlöse aus dem Verkauf dann zurückgeführt würden. Infolge der Maßnahme müssen alle Vermögensgegenstände und Beteiligungen an Vermögensgegenständen der genannten Personen und Einrichtungen gesperrt und dem OFAC gemeldet werden.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2021.09/article/6144b8c348fbef68cc074300.jpg>

wpered.su: **Boris Litwinow: Das Wahlprogramm der KPRF „10 Schritte zur Volksmacht!“ ist der Hauptweg für die Donezker Volksrepublik**

Am 16. September, am letzten Tag vor den Wahlen zur Staatsduma der Russischen Föderation, führte die Vertrauensperson der KPRF für die Wahlen, der Erste Sekretär des ZK der KP der DVR Boris Litwinow ein Treffen mit Wählern im Zentrum von Donezk, am Puschkin-Boulevard, durch.

Zur Eröffnung des Treffens sagte Boris Litwinow:

„Sehr geehrte Genossen, die schnell verlaufende Wahlkampagne für die Wahlen zur Staatsduma der Russischen Föderation endet.

Zum ersten Mal seit 30 Jahren werden einige hunderttausende Einwohner des Donbass ihr historisches Recht wahrnehmen können, das gesetzgebende Organ ihrer historischen Heimat zu wählen.

Dieses Recht haben uns die vorangegangenen Generationen, die Urgroßväter und Großväter, Väter und Mütter, übergeben, die die Russische Zivilisation schufen, unsere Brüderlichkeit in Kämpfen verteidigten und durch gemeinsame Anstrengungen wiederaufbauten, ein gemeinsames historisches Schicksal erbauten, das große Land Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken schufen und uns übergaben. Die böse Absicht von Verrätern und käuflichen Zerstörern des sowjetischen Regierungssystems und der sozialistischen Entwicklung haben mit Unterstützung unserer Feinde für Jahrzehnte den Gang der historischen Entwicklung zu sozialer Gerechtigkeit und zum Sozialismus unterbrochen. Unsere Feinde haben die Heimat zugrunde gerichtet, die Menschen ins Elend gestürzt, die Völker in brudermörderischen Kriegen aufeinander gehetzt.

Aber die Einwohner des proletarischen Donbass haben zur weiteren Vernichtung unserer russischen, sowjetischen Welt und unserer Freundschaft Nein gesagt. Seit mehr als sieben Jahren kämpfen wir für unsere Zukunft und die Zukunft Russlands. Und unsere Zukunft ist in der Einheit, in der Wiederherstellung einer gemeinsamen starken, gerechten, sozialistischen Heimat, eines sowjetischen Systems für unsere Völker und Staaten.

An den Wahlen zur gesetzgebenden Gewalt nehmen 14 politische Parteien teil. Ein Teil von ihnen hat ihre Sicht des weiteren Wegs Russlands vorgestellt. Wir wollen zur Recht sehen, in welcher historischen Etappe sich Russland befindet, wohin wir gemeinsam mit ihm weiter gehen werden.

Eine Analyse der Parteiprogramme und mehr noch der Ergebnisse der bisherigen Versprechungen der politischen Kräfte Russlands, zeugt davon, dass Russland sich an einem Scheideweg befindet. Die Politik der vergangenen Jahrzehnte hat zu einer Zerstörung und Vernichtung ganzer Bereiche der einstigen Volkswirtschaft geführt. Die natürlichen Reichtümer des Landes werden von einem Häuflein Oligarchen und ihrer ausländischen Schutzherren veräußert. Der soziale Bereich des Landes ist praktisch bis zu einem kritischen Zustand zerstört. Die Monetarisierung hat praktisch alle Bereiche der Bildung und des Gesundheitswesens bis hin zu Sport, Kultur, Erholung, Entwicklung kreativer Fähigkeiten und vielen anderen, einst allgemein zugänglichen Bereichen, erfasst. Das Rentenalter der Bevölkerung wurde erhöht, die Sozialleistungen für Arbeiter in gefährlichen Berufen wurden auf ein Minimum reduziert. Die soziale Kluft zwischen wenigen Prozent der Bevölkerung, die den Oligarchen dienen, und der überwältigenden Zahl der Bevölkerung, die das grundlegende gesellschaftliche Produkt schaffen, hat sich in eine äußerst tiefe Kluft verwandelt. Diese ökonomischen und sozialen Metastasen sind in unser Land eingedrungen, in unseren jungen Staat, der vor sieben Jahren für das Volk geschaffen wurde. So haben wir auch unser Land genannt – Donezker Volksrepublik, das heißt ein Land für das Volk.

Wenn wir auf unsere Heimat in Gestalt von Russland schauen, sehen und hören wir, dass das Volk Veränderungen des politischen und ökonomischen Kurses des Landes will. Die überwältigende Mehrheit der Bürger ist absolut nicht mit der bestehenden Lage der Dinge zufrieden, die Gesellschaft ist reif für Veränderungen. Die Menschen haben weder die „Rentenreform“ noch die Erhöhung der Mehrwertsteuer noch andere gegen das Volk gerichtete Neuerungen vergessen oder vergeben und keinerlei neue Versprechungen und Almosen der Regierungspartei werden sie mehr täuschen.

Die KPRF hat ein klaren und ausgewogenes Programm vorschlagen, ein starkes arbeitsfähiges Team gebildet, zu dem Fachleute mit erfolgreicher Leitungserfahrung gehören – rote Gouverneure, Leiter von Volksunternehmen, Spezialisten der staatlichen Verwaltung, kompetente und erfahrene Kader praktischer als Tätigkeitsbereiche. Das Programm der KPRF hat ein großes Echo in den Herzen der Menschen gefunden, die die Ungerechtigkeit leid sind. Die Unterstützung der Partei ist so hoch wie nie zuvor, das wichtigste ist jetzt, dass die

Wähler zu den Wahllokalen gehen. Sie müssen davon überzeugt sein, dass ihre Stimmen nicht gestohlen werden, dass es nicht gelingen wird, die Ergebnisse zu manipulieren.“

Dann berichtete Boris Litwinow ausführlich über jeden Schritt des Programms der KPRF, zog Parallelen zur heutigen Situation des Lebens in der DVR, lenkte die Aufmerksamkeit der Wähler auf unser Interesse im Donbass an der Umsetzung der zehn Schritte zur Volksmacht. Gemeinsam mit den anwesenden Wähler wurde der Schluss gezogen, dass das Programm der KPRF der Hauptweg für die Donezker Volksrepublik ist.

Weiter erwähnte der Vorsitzende der Kommunisten der DVR positiv die große Arbeit von Seiten des Oberhauptes der DVR, von Leitern der Exekutivorgane bei der Unterstützung der Bürger Russlands, die auf dem Territorium der DVR leben bei der Organisation von Möglichkeiten, an der Abstimmung teilzunehmen.

„Es wurde ernsthafte und sorgfältige Arbeit geleistet. Die Informationen über die Möglichkeiten zur Abstimmung haben praktisch jeden Einwohner der Republik erreicht. Verschiedene Varianten zur Teilnahme an der Willensäußerung haben Bedingungen für eine „hohe Beteiligung“ bei den Wahlen geschaffen. Aber an das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei der DVR und an mich als Vertrauensperson der Partei wenden sich Bürger, auf die einige Beamte und Leiter von Unternehmen Druck ausüben. Solche übereifrigen Leiter fordern von ihren Untergebenen Beweise für ihre Beteiligung an der Abstimmung und sogar für die Wahl der Partei „Einiges Russland“. Dies ist eine grober Verletzung der Verfassung der Russischen Föderation, der Wahlgesetzgebung. Dies sind strafrechtlich relevante Handlungen. Die, die so grob das Gesetz verletzen, gießen schmutziges Wasser auf die Mühlen der feindlichen Propaganda. Das ist Unterstützung für unsere Feinde. Im Vorfeld der Wahlen suchen auch unsere politischen Gegner und offenen Feinde nach Beispielen, um die Wahlen zur Staatsduma Russlands als ungültig zu erklären. Ich wende mich an das Oberhaupt der DVR Denis Puschilin, die entsprechenden Rechtsschutzorgane: lassen Sie keine Verletzung von Gesetzen zu, lassen Sie nicht zu, dass Überwollende und Feinde die Dummheit und vorgebliche Hilfsbereitschaft einiger nicht weitblickender Leiter nutzen! Bei Wahlen abzustimmen ist ein verfassungsmäßiges Recht und das Wahlgeheimnis wird vom Staat garantiert. Es ist die Sache eines jeden, wie er handelt und wen er wählt. Vor den Wahlen kann man agitieren, überzeugen, aufrufen, aber die Willensäußerung eines Bürgers zu kontrollieren, das ist ein Verbrechen“, fuhr er fort. Zum Abschluss seiner Rede lenkte Boris Litwinow die Aufmerksamkeit der bei dem Treffen Anwesenden und der vielen, die sich auf dem Boulevard erholten, auf die enorme Arbeit, Hilfe und Unterstützung für unsere Republik, die die KPRF seit mehr als sieben Jahren leistet. An einer großen Stelltafel waren Informationen angebracht, wo jeder die Ergebnisse der Arbeit der KPRF sehen konnte. Bei Treffen mit Wählern in 24 Städten und Ortschaften der Republik, die vom Stab beim ZK der KP der DVR mit Unterstützung des Parteiaktivs vor Ort und Anhängern der KP der DVR in der Volkspatriotischen Union der DVR organisiert worden waren, wurden 17.000 Flugblätter verteilt, individuelle Beratungen für mehr als 1600 Einwohner durchgeführt.

Das Treffen endete mit einem Aufruf an die Wähler: Wägen sie bei der Entscheidung und Abstimmung alle Argumente sorgfältig ab, gleichen Sie den Weg, der vom Volk des Donbass gewählt wurde, mit den Parteiprogrammen ab und überzeugen Sie sich davon, dass wir nur mit der KPRF die Entwicklung unseres Landes zu dem gemeinsamen Ziel – einer starken gerechten und sozialistischen Heimat – werden fortsetzen können!

Für die KPRF, für die Partei Nr. 1!

snanews.de: **EU-Kommission nennt Zertifizierungsfrist für Ostseepipeline Nord Stream**

2

Die trotz EU- und US-Sanktionen fertiggebaute Ostsee-Gaspipeline Nord Stream 2 kann noch

kein Gas nach Europa transportieren, bis Brüssel seine Genehmigung erteilt hat. Die EU-Kommission geht davon aus, dass die Zertifizierung der Gasleitung bis zu zwei Monate in Anspruch nehmen werde.

„Zugleich ist eine Verlängerungsoption von bis zu zwei Monaten nicht ausgeschlossen“, wie EU-Sprecherin Vivian Loonela am Freitag in der belgischen Hauptstadt sagte.

„Verfahren werden soll folgendermaßen: Zuerst muss (der Projektbetreiber) Nord Stream 2 einen entsprechenden Antrag an die zuständige Regulierungsbehörde in Deutschland stellen. Diese prüft die Unterlagen und legt dann den Entwurf ihres Beschlusses der EU-Kommission vor, wie dies von unserer nachgearbeiteten Gasdirektive vorgesehen ist“, sagte die Estin. Ihren Angaben zufolge hat die EU-Kommission dann zwei Monate Zeit, um die Papiere zu prüfen. Erst dann werde die offizielle Antwort gegeben.

Gaspipeline Nord Stream 2

Die Leitung Nord Stream 2 setzt sich aus zwei Strängen mit einer gesamten Durchsetzkapazität von bis zu 55 Milliarden Kubikmeter Gas pro Jahr zusammen. Notorischer Gegner des Projekts sind die USA, die mit ihrem verflüssigten Erdgas (LNG) in Europa dominieren wollen. Auch deutsche Umweltschützer sind gegen die Pipeline und fordern die Behörden auf, das Projekt zu stoppen.

Gaspreis in Europa auf Rekordhoch

Indes schießt der Gaspreis auf dem europäischen Spot-Markt unentwegt in die Höhe. Seit Jahresbeginn kletterten die Preise etwa um über 200 Prozent und erreichten in der laufenden Woche mitunter eine Marke von 946 US-Dollar pro 1000 Kubikmeter. Alexej Miller, Vorstandschef des russischen Gasförderers Gazprom, schließt einen weiteren Anstieg der Gaspreise nicht aus.

Gazprom zufolge würden jene Unternehmen bzw. Länder profitieren, die langfristige Lieferverträge mit dem russischen Gasgiganten haben. So beziehe Deutschland russisches Gas zu einem Preis von etwa 220 US-Dollar pro 1000 Kubikmeter, während mehrere andere Länder in Europa das Dreieinhalbfache zahlen müssten, hieß es in Moskau.

Das Europaparlament vermutet, dass die Gaspreise von Gazprom manipuliert würden. In einem von 43 Abgeordneten unterzeichneten Schreiben wurde von der EU-Kommission am Freitag gefordert, „eventuelle vorsätzliche Markt-Manipulationen von Gazprom und mögliche Verstöße gegen die EU-Konkurrenzregeln“ unter die Lupe zu nehmen.



https://cdn.snaneews.de/img/07e5/09/11/3620869_0:160:3073:1888_1920x0_80_0_0_4c3ad02df757961162aac74108d588fc.jpg

de.rt.com: Taiwan: China schickt erneut Flugzeuge in die Luftverteidigungszone der Insel

Nur einen Tag nachdem Taiwan zusätzliche neun Milliarden US-Dollar für die Aufrüstung seines Militärs gegen Peking zugesagt hatte, hat Taipeh gemeldet, dass zehn chinesische

Flugzeuge in seine Luftverteidigungszone eingedrungen seien.

Am Freitag gab Taiwans Verteidigungsministerium eine Erklärung ab, in der bestätigt wurde, dass zehn Flugzeuge der chinesischen Volksbefreiungsarmee, darunter sechs J-16- und zwei J-11-Kampfflugzeuge sowie ein U-Boot-Abwehr- und ein Aufklärungsflugzeug, in die Luftverteidigungszone im Südwesten der Insel eingedrungen seien.

Taiwanische Truppen und Raketensysteme seien in Bereitschaft versetzt worden, um die Aktivitäten der Jets zu überwachen, hieß es in der Erklärung des Ministeriums.

Der jüngste Vorbeiflug erfolgte nur einen Tag, nachdem Taipeh vorgeschlagen hatte, in den nächsten fünf Jahren 8,69 Milliarden US-Dollar zusätzlich auszugeben, um sein Militär gegen potenzielle "ernsthafte Bedrohungen durch den Feind" (gemeint ist Peking) zu stärken. Das zusätzliche milliardenschwere Paket soll auch für neue Raketen ausgegeben werden.

Das taiwanische Verteidigungsministerium erklärte außerdem, dass Pekings militärische Kapazitäten erheblich aufgestockt worden seien. Es betonte, dass es für die de facto selbstverwaltete Insel dringend notwendig sei, "in kurzer Zeit ausgereifte und schnell produzierbare Waffen und Ausrüstungen zu erhalten".

Peking, das Taiwan im Rahmen seiner Ein-China-Politik als integralen Bestandteil seines Territoriums betrachtet, hat häufig Kriegsschiffe und Kampfflugzeuge in die Luftverteidigungszone der Insel geschickt. Im vergangenen Monat führte das Ostkommando der chinesischen Streitkräfte Angriffsübungen im Süden Taiwans durch und reagierte damit auf "Provokationen" in Form von verstärkter US-Militärpräsenz und Beziehungen zwischen der Insel und Washington, die China als "geheime Absprachen" ansieht.

Seit dem Amtsantritt von US-Präsident Joe Biden hat Washington der Insel verstärkte Aufmerksamkeit gewidmet. Im April wurde eine inoffizielle Delegation nach Taiwan entsandt. Außerdem sind mehrere Schiffe der US-Marine ins Südchinesische Meer gesegelt. Peking sieht in dem Engagement des Weißen Hauses in der Meerenge zwischen der Insel und Festlandchina eine Störung des "Status quo" in der Region.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2021.09/article/6144c4b0b480cc58e13e2434.JPG>

snanews.de: **Streit um U-Boot-Geschäft: Frankreich ruft Botschafter aus USA und Australien zurück**

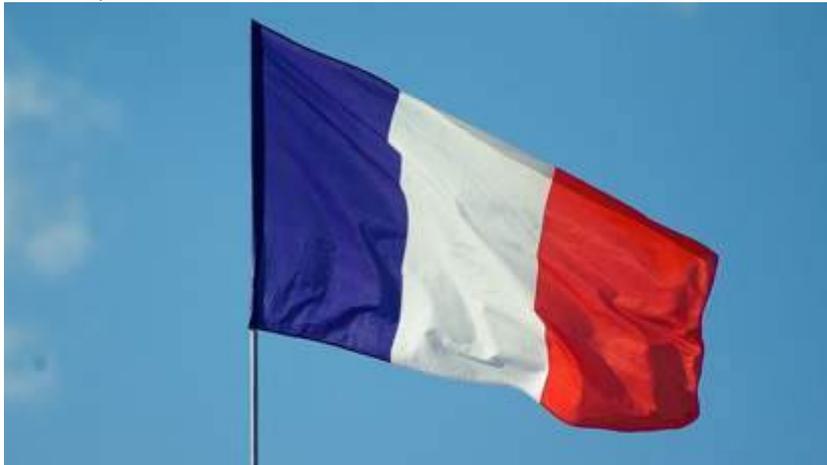
Frankreich hat wegen des Streits um das geplatzte U-Boot-Geschäft seine Botschafter aus den USA und Australien zu Konsultationen zurückgerufen.

Dieser außergewöhnliche Schritt geschehe auf Wunsch von Präsident Emmanuel Macron, teilte Außenminister Jean-Yves Le Drian am Freitagabend in Paris mit.

Die Entscheidung, den 2016 besiegelten Kauf französischer U-Boote zugunsten einer Partnerschaft mit den USA und Großbritannien zu verwerfen, stelle ein inakzeptables Verhalten zwischen Verbündeten und Partnern dar. Die Konsequenzen berührten den Kern der Allianzen und Partnerschaften Frankreichs sowie die Bedeutung des Indopazifiks für Europa.

Australien hatte am Donnerstag bekannt gemacht, sich im Rahmen einer neuen Sicherheitsallianz mit den USA und Großbritannien U-Boote mit Atomtrieb beschaffen zu wollen. Frankreich hatte darauf bereits sehr verärgert reagiert und von zerstörtem Vertrauen mit Australien gesprochen. Australiens Entscheidung, statt konventioneller U-Boote mit französischer Hilfe nun nuklearbetriebene U-Boote mit amerikanischer und britischer Unterstützung zu bauen, bedeutet für Frankreich den Verlust einer 56-Milliarden-Euro-Vereinbarung.

US-Präsident Joe Biden, Australiens Regierungschef Scott Morrison und der britische Premierminister Boris Johnson hatten zuvor eine neue Allianz verkündet, die sich nach Ansicht von Sicherheitsexperten eindeutig gegen die militärische Bedrohung durch China im Indopazifik richtet. Dazu gehört auch der Bau der U-Boote. Biden sprach von sich „rasch entwickelnden Bedrohungen“. In den kommenden 18 Monaten solle ein Weg gefunden werden, damit Australien solche modernen U-Boote bekomme.



https://cdn.snnews.de/img/07e5/08/0c/3196265_0:173:1920:1253_1920x0_80_0_0_223a64839da88711ee10b003f2499b13.jpg

de.rt.com: **USA geben Tötung von Zivilisten beim Drohnenangriff in Kabul zu – niemand wird jedoch bestraft**

Wochenlang hatten die USA darauf beharrt, dass der Drohnenangriff vom 29. August in Kabul einen Terroristen getötet habe. Nun gab Washington zu, dass die Opfer des Angriffs allesamt Zivilisten waren, darunter auch Kinder. Berichten zufolge soll jedoch niemand dafür bestraft werden.

Marinegeneral Kenneth McKenzie, Leiter des US-Zentralkommandos (CENTCOM), gab am Freitag bekannt, dass die Hellfire-Rakete, die kurz vor dem Ende der US-Luftbrücke auf ein Haus in Kabul abgefeuert wurde, in Wirklichkeit keinen Unterstützer der Terrorgruppe Islamischer Staat Khorasan (ISIS-K) getötet hat.

Der Drohnenangriff in Kabul "war ein Fehler", erklärte McKenzie und räumte ein, dass "zehn Zivilisten, darunter bis zu sieben Kinder, auf tragische Weise getötet wurden".

Der Schlag sei in der "aufrichtigen Überzeugung angeordnet worden, dass er eine unmittelbare Bedrohung für unsere Streitkräfte verhindern würde", aber "es war ein Fehler und ich möchte mich aufrichtig entschuldigen", fügte er hinzu. Weiter sprach der US-General den Angehörigen der Getöteten sein "tiefes Beileid" aus.

McKenzie erläuterte die Entscheidung der USA, den Angriff auszuführen, und verwies auf "über 60 Geheimdienstinformationen" über einen bevorstehenden Angriff des IS Khorasan – der Terrorgruppe, die sich zu dem Selbstmordattentat vom 26. August auf dem Flughafen von Kabul bekannte, bei dem 13 US-Soldaten und 170 afghanische Zivilisten getötet wurden. Ein halbes Dutzend US-Drohnen sollen Kabul überwacht haben. In mehreren Geheimdienstberichten sei außerdem die Rede von einem weißen Toyota Corolla gewesen, der als Autobombe verwendet werden sollte.

General Mark Milley, Vorsitzender der Joint Chiefs of Staff, verkündete am 1. September, dass alle ordnungsgemäßen Verfahren eingehalten worden seien, nannte es einen "gerechten Schlag" und wiederholte die ursprüngliche CENTCOM-Behauptung, dass "sekundäre Explosionen" bewiesen, dass das angegriffene Fahrzeug mit Sprengstoff beladen war. Eine Untersuchung der New York Times, die am 10. September veröffentlicht wurde, fand jedoch keine Spuren von sekundären Explosionen im Hof des angegriffenen Hauses. Der weiße Toyota gehörte Zemari Ahmadi, der kein ISIS-K-Terrorist war, sondern ein Angestellter von Nutrition & Education International (NEI), einer von den USA finanzierten Wohltätigkeitsorganisation. Er hatte gerade ein Visum beantragt, um mit seiner Familie in die USA auszuwandern.

Dass Ahmadi Kollegen zur Arbeit fuhr und mit Wasser gefüllte Kanister vom NEI-Büro zu seinem Haus brachte, wurde von den USA als verdächtiges Verhalten eingestuft. Als er in die Gasse seines Hauses einbog und von einem halben Dutzend Kindern begrüßt wurde, die ihm normalerweise beim Einparken des Autos halfen, feuerte eine MQ-9 Reaper-Drohne eine Hellfire-Rakete ab und tötete sie alle.

Die US-Luftbrücke endete kurz vor Mitternacht am 30. August und überließ den Flughafen und ganz Afghanistan den Taliban. Ahmadis jüngerer Bruder Emal, der eine Woche nach dem Angriff mit RT sprach, bezeichnete die USA als "absolute Lügner", weil sie behaupteten, der Angriff habe dem ISIS-K gegolten. Sein Cousin Jamshid Yousoufi, dessen zweijährige Tochter Sumaya bei dem Angriff starb, erklärte:

"Ohne jeglichen Beweis, ohne jegliche Untersuchung haben sie uns angegriffen und unsere Kinder getötet, und das werden wir ihnen nie verzeihen."



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2021.09/article/6144fa6148fbef68cc074341.jpg>

vormittags:

Telegram-Kanal der Vertretung der LVR im GZKK: Am 17. September 2021 wurde keine Verletzung des Regimes der Feueereinstellung von Seiten der bewaffneten Formationen der Ukraine festgestellt.

de.rt.com: Finnland dankt Russland für Hilfe bei der Evakuierung von Bürgern aus Kabul

Moskau hat Helsinki bei der Evakuierung seiner Bürger aus Kabul geholfen. Bei einem Telefongespräch mit seinem russischen Amtskollegen bedankte sich der finnische Präsident nun bei der russischen Seite.

Der finnische Präsident Sauli Niinistö hat dem russischen Präsidenten Wladimir Putin in einem Telefongespräch für seine Unterstützung bei der Evakuierung finnischer Bürger aus Kabul gedankt. Der Pressedienst des Kremls teilte in einer Erklärung mit:

"Sauli Niinistö bedankte sich für die russische Unterstützung der finnischen Seite bei der Durchführung der Evakuierung aus Kabul."

Darüber hinaus betonte der finnische Staatschef, wie wichtig es ist, die Initiative zur Einberufung eines Gipfels anlässlich des 50. Jahrestages der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa im Jahr 2025 in Helsinki zu verwirklichen. Wladimir Putin brachte seine Unterstützung für derartige Schritte zum Ausdruck, die dazu beitragen, den "Geist von Helsinki" wiederzubeleben.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2021.09/article/6144caf648fbef68dc314b0a.JPG>

dnr-sckk.ru: Täglicher Bericht über Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung für den Zeitraum vom 17. September 3:00 Uhr bis 18. September 3:00 Uhr

In den letzten 24 Stunden hat die Vertretung der Donezker Volksrepublik im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination sechs Verletzungen des unbefristeten Regimes der Feuereinstellung von Seiten der BFU mitgeteilt.

Das Territorium der DVR wurde in Verletzung der Minsker Vereinbarungen sowie der Vereinbarungen über einen Waffenstillstand mit folgenden Waffen beschossen:

Es folgt eine genaue Auflistung der eingesetzten Waffensysteme (Anm. d. Übers.).

In der Beschusszone von Seiten der BFU befanden sich folgende Ortschaften: **Gorlowka (Siedlung des Gagarin-Bergwerks), Schirokaja Balka, Donezk, Losowoje, Leninskoje, Nowolaspa.**

Wie bereits mitgeteilt wurde, wurden infolge des Beschusses von Seiten der BFU auf Donezk drei zivile Einwohner in der Siedlung des Oktjabrskaja-Bergwerks verletzt:

- ein Mann, geb. 1987 (Splitterverletzung am rechten Oberschenkel);
- ein Mann, geb. 1991 (Detonationsverletzung, Splitterverletzung an der linken Schulter, an der Hand, im Lendenbereich);
- ein Mann, geb. 1963 (Detonationsverletzung, Gehirnerschütterung, Abschürfungen im Bereich des Hinterkopfs).

Außerdem wurden Schäden an acht Häusern festgestellt:

- Uliza Wassiltschenko 37 (direkter Treffer: Fensterverglasung und Fassade beschädigt);
- Uliza Wassiltschenko 39 (Treffer in den Hof des Hauses, ein Tür ist beschädigt);
- Uliza Engelsa 24 (Fassade, Tür und Zaun beschädigt);
- Uliza Engelsa 26 (Fassade, Fensterverglasung, Auto beschädigt);
- Uliza Engelsa 28 (direkter Treffer auf das Dach);
- Uliza Engelsa 37 (Fensterverglasung und Fassade beschädigt);
- Uliza Engelsa 39 (direkter Treffer auf das Dach mit Brand, eine zweite Detonation im Garten);
- Uliza Schwernika 48 (Fensterverglasung, Wirtschaftsgebäude beschädigt).

Die Versuche der DVR, im GZKK den Koordinationsmechanismus zur operativen

Herstellung von Ruhe zu den Verletzungen des Regimes der Feueinstellung einzusetzen, wurden von der ukrainischen Seite im GZKK ignoriert. Auf alle unsere Anfragen kam unverändert die Antwort: Wir bestätigen den Beschuss nicht, wir halten das Regime der Feueinstellung ein.

Die Gesamtzahl der von den BFU abgefeuerten Geschosse beträgt 67.

In den vorangegangenen 24 Stunden wurden fünf Verletzungen des Regimes der Feueinstellung von Seiten der BFU festgestellt.

snanews.de: **Millionen Beschäftigte in Deutschland verdienen unter 2000 Euro im Monat**
Mehr als 2,5 Millionen Menschen in Deutschland verdienen weniger als 2000 Euro brutto im Monat, meldet die Deutsche Presse-Agentur am Samstag unter Verweis auf die Bundesregierung.

Insgesamt hätten Ende 2020 in der Bundesrepublik 2.545.000 sozialversicherungspflichtig Vollzeitbeschäftigte nur über ein Entgelt von weniger als 2000 Euro im Monat verfügt, zitiert die Agentur aus einer Regierungsantwort auf eine Anfrage der Linken im Bundestag. Rund jeder achte Vollzeitbeschäftigte sei davon betroffen. In Westdeutschland seien 1.838.000, oder zehn Prozent, in Ostdeutschland 707.000 – 18 Prozent der Vollzeitbeschäftigten – nicht über diese Gehaltsschwelle gekommen.

„Die Inflationsrate frisst die Lohnsteigerung, wenn überhaupt vorhanden, auch noch auf“, sagte die arbeitsmarktpolitische Sprecherin der Linken, Sabine Zimmermann, der DPA. Im August lag die Inflationsrate in Deutschland bei 3,9 Prozent. Zimmermann forderte im Einklang mit dem Wahlprogramm der Linken eine Erhöhung des Mindestlohns auf 13 Euro pro Stunde.



https://cdn.snanews.de/img/07e5/07/07/2752068_253:0:1668:796_1920x0_80_0_0_dd61373a7e596c6604b9acdbe77833c2.jpg

Lug-info.com: In der LVR sind am 18. September um 9:00 Uhr 11.173 Fälle von Coronavirusinfektionen registriert und bestätigt.

Davon wurden bis 8524 Personen nach zwei negativen Tests als vollständig genesen entlassen.

Seit Beginn der Pandemie gibt es 1108 Todesfälle.

snanews.de: **Duma-Wahl in Russland: Trotz Betrugsvorwürfen loben deutsche Wahlbeobachter die Transparenz**

Der Wunsch der russischen Seite, so viel wie möglich Transparenz bei den Wahlen zu bekommen, beeindruckt Olga Petersen, AfD-Abgeordnete in der Hamburgischen Bürgerschaft, die die Staatsdumawahl in Moskau beobachtet. Man versucht, uns nicht nur alles zu erläutern, sondern sogar in die Karten schauen zu lassen, sagte sie im SNA-Interview.

Auch der Bundestagsabgeordnete Stefan Keuter mit Erfahrungen vieler internationaler Wahlbeobachter-Missionen, der sich in der Teilrepublik Baschkirien befindet, äußerte, dass Russland transparent wählt. Als Wahlbeobachter war er bei den Präsidentenwahlen 2018 in Moskau und dann in Kasan tätig und 2020 beim Verfassungs-Referendum. Er habe keine Unregelmäßigkeiten über die Jahre feststellen können.

„Die Digitalisierung, Kameraüberwachung durch die Gesellschaftskammer Russlands, Kompetenzzentren zeigen eine große Transparenz. Auch vor Ort hat man das Gefühl, dass die Demokratie hier lebt. Was ich sehr positiv finde, ist, dass auch nationale Wahlbeobachter von den Vertretern der zur Wahl stehenden Kandidaten, von verschiedenen politischen Kräften, den Parteien in den Wahllokalen vor Ort sind und die kompletten Prozesse mit begleiten.“ Russland lade nicht nur Organisationen ein, so der AfD-Bundestagsabgeordnete, „wie es in Deutschland mit der OSZE-Beobachtermission der Fall ist, sondern auch Parlamentarier aus aller Welt, um zu zeigen: ‚Seht ihr: Wir führen die Wahlen offen gleich transparent durch‘. In dieser Form würde ich mir das auch für Deutschland wünschen.“

Auf eine Besonderheit der Wahlen in diesem Jahr machte der Abgeordnete im Bayerischen Landtag Ulrich Singer, der die Staatsdumawahl in der Hauptstadt Tatarstans Kasan beobachtet, aufmerksam: Während der Corona-Pandemie wurde der Wahlzeitraum russlandweit über drei Tage erstreckt, um ein Zusammentreffen größerer Menschenansammlungen in Wahllokalen zu vermeiden und zu entzerren. „Durch diese Maßnahmen wurden Möglichkeiten geschaffen, damit eine größere Zahl von Bürgern an den Wahlen teilnehmen kann. So erhöht man die Wahlbeteiligung.“

Man müsse aber schauen, merkt Olga Petersen an, „dass man dann auch die Sicherheit gewährleisten kann, dass diese Abstimmung tatsächlich auch korrekt überwacht wird. Eine Abstimmung mit Unterbrechung ist immer mit Vorsicht zu genießen, weil sichergestellt werden muss, dass die Zettel, die bereits eingesammelt worden sind, sicher aufbewahrt werden, dass keine Zettel dabei verlorengehen bzw. keine hinzukommen. Und wenn das gewährleistet ist, dann finde ich die Idee gar nicht so schlecht, denn sie ermöglicht, dass die Menschen eben nicht in so einem großen Andrang ankommen müssen. Wie gesagt, immer unter der Prämisse, dass die sichere Auszählung der Abstimmung gewährleistet ist.“

So auch bei der Online-Abstimmung in sechs russischen Regionen und Moskau. Natürlich müsse man da auch immer schauen, sagt die Hamburger Abgeordnete, die auch für den Bundestag kandidiert, weiter, „dass auch der Datenschutz des einzelnen Wählers gewährt werden kann, sprich, dass der Wähler anonym bleibt. Die Idee als solche finde ich gut, und man müsste natürlich schauen, wie man das in der Praxis umsetzen kann. Das ist aber etwas, was ich gerne nach Deutschland mitnehmen möchte, obwohl die Digitalisierung in Deutschland zu wünschen übrig lässt. Da haben wir im Vergleich zu Russland Verbesserungsbedarf.“

Online-Abstimmung ermöglicht mehr junge Wähler einzubeziehen

Für junge Leute sei es eine größere Hemmschwelle, sich mit Politik auseinanderzusetzen und auch zur Wahlurne zu gehen, so Petersen. „Und es ist eine einfachere Methode für sie, einfach am Rechner einen Haken zu setzen. Am Computer verbringen sie die meiste Freizeit. Das ist für sie nur ein Mausklick mehr. Und natürlich würde das viele dazu ermuntern, ihre Hemmschwelle zu durchbrechen, an Ihren Wahlzettel zu kommen und ihre Stimme abzugeben.“

Auch diese drei Wahltage will sie sich vor Ort in den Wahllokalen anschauen, wie das vonstatten geht.

„Ich freue mich, dass man es ermöglicht, fremde Menschen, sich sozusagen über die Schulter schauen zu lassen. Das ist eine positive Entwicklung, und ich würde mir wünschen, dass man in Deutschland nicht nur von Demokratie und Transparenz spricht, sondern ebenfalls es ermöglicht, international den Menschen, die dazu bereit sind, mit dabei zu sein und mitzuzuschauen.“

Auch Ulrich Singer äußerte, dass es wichtig sei, wenn Wahlbeobachter zusammenkommen und Erfahrungen austauschen würden. „Dabei lernt man immer dazu. Man sieht ja auch, dass jedes Land seine eigenen Systeme und Standards hat und natürlich auch seine eigenen Stärken und Schwächen.“

250 ausländische Wahlbeobachter von 55 Ländern sind nach Russland gekommen. Die Wähler können ihre Stimme noch bis Sonntagabend abgeben. Die Hälfte der 450 Duma-Sitze wird in direkter Wahl vergeben, die andere Hälfte über Parteilisten. Neben der Regierungspartei „Einiges Russland“ sind zu den Wahlen noch 13 Parteien zugelassen, darunter die in der Volksvertretung etablierten Parteien – die Kommunistische Partei, die Liberaldemokratische Partei von Schirinowski und „Gerechtes Russland –Für die Wahrheit“ –, sowie die regierungsloyale Partei „Neue Leute“, die linksliberale „Jabloko“, die „Russische Partei der Rentner für soziale Gerechtigkeit“, „Die Grünen“, „Partei des Wachstums“, „Russische Partei der Freiheit und der Gerechtigkeit“, die Partei „Kommunisten Russlands“, „Bürgerplattform“, „Grüne Alternative“ und „Rodina (Die Heimat)“.

Am Samstag schrieben einige Medien in Russland über Berichte von Betrugsfällen in mehreren Wahllokalen. Angeblich seien unter den Verstößen mehrfache Stimmabgaben, die Nutzung vorausgefüllter Wahlzettel und die Abgabe von Stimmen an einigen Lokalen durch Menschen, die in anderen Regionen des Landes registriert worden waren. Die Pressestelle der Regierungspartei „Einiges Russland“ teilte jedoch mit, dass fast 99 Prozent der Meldungen über Verstöße sich als Fakes erwiesen hätten.



https://cdn.snnews.de/img/07e5/09/11/3618828_0:0:3641:2048_1920x0_80_0_0_16a7835a10e2492df88ca2efd1bd8f1a.jpg

Mzdnr.ru: Am 17. September wurden in der DVR 527 Tests auf Coronavirusinfektion durchgeführt, davon waren 226 positiv, bei 83 Patienten wurde die Diagnose Covid-19 klinisch gestellt.

Am 18. September um 10:00 Uhr sind in der DVR insgesamt 62.143 Fälle von Coronavirusinfektionen registriert.

7827 Patienten sind derzeit in Behandlung (stationär und ambulant), 49.749 als gesund entlassen, es gibt 4567 Todesfälle.

In den letzten 24 Stunden wurden 307 Fälle von Lungenentzündung entdeckt, 59 mehr als am vorangegangenen Tag. Davon wurden 190 ins Krankenhaus eingewiesen. Insgesamt sind 2858 Personen mit Lungenentzündung in Behandlung, davon 991 mit Sauerstoffunterstützung (+118 in den letzten 24 Stunden).

Insgesamt wurden seit dem 18. März 2021 2255 Patienten entdeckt, die bereits eine Covid-19-Erkrankung durchgemacht hatten.

nachmittags:

ukrinform.de: **Nationaler Sicherheitsrat verhängt Sanktionen gegen 33 Kandidaten zu russischer Staatsduma**

Der Rat für Nationale Sicherheit und Verteidigung der Ukraine (RNBO) hat persönliche Sanktionen gegen 33 Kandidaten zur russischen Staatsduma wegen ihrer Beteiligung an der Organisation und Abhaltung der Parlamentswahl in den besetzten Gebieten der Ukraine verhängt.

Das gab der Sekretär des Rates, Olexij Danilow, nach einer Sitzung des Rates am 17. September. Nach seinen Worten alle Beteiligten an der Wahl zum russischen Parlament auf der besetzten Krim und in den besetzten Gebieten, darunter Mitglieder der Wahlkommissionen, Kandidaten, Beobachter, unter die ukrainischen Sanktionen fallen. Die erste Personenliste sei erstellt worden.

Nach Angaben von Danilow wurden auf die Liste 33 Duma-Kandidaten, 53 Mitglieder der territorialen Wahlkommissionen, Mitarbeiter des russischen Geheimdienstes FSB, die am Giftanschlag auf den Kreml-Kritiker Alexej Nawalny beteiligt waren, gesetzt. Die Sanktionen werden ihm zufolge bald mit einem Dekret des Präsidenten Selenskyj in Kraft gesetzt werden. Danilow warnte auch ausländische Bürger, die sich an der russischen Parlamentswahl als Wahlbeobachter beteiligen. Unabhängig von ihren Posten würden sie mit den ukrainischen Sanktionen belegt.

Die Wahl zum russischen Unterhaus Staatsduma findet vom 17. bis 19. September statt.



https://static.ukrinform.com/photos/2021_07/thumb_files/630_360_1626454296-876.jpg

rusvesna.su: **Ein Wahllokal zu Hause: Personen, die bei den Wahlen "Verstöße" filmten, wurden in Moskau festgenommen**

Die Moskauer Polizei hat mehrere Personen festgenommen, die ein Video über angebliche Verstöße bei den Wahlen zur Staatsduma drehten.

Im Netz erschienen die [Aufnahmen der Festnahme](#), die zeigen, dass die Situation im Wahllokal in einer Wohnung nachgestellt worden war - mit Infoständen, Wahlurnen und Stimmzetteln.

Es gab auch ein Foto der Aussage eines der Gefangenen, in der er sagte, dass ihm 10.000 Rubel für die Teilnahme an den Dreharbeiten angeboten wurden.

Im Video von der Festnahme sagt eine von Personen in in der Wohnung, dass sie einfach einen Auftrag ausführen.

Die Strafverfolgungsbehörden ermitteln derzeit den Auftraggeber.



https://rusvesna.su/sites/default/files/styles/orign_wm/public/referendum_golosovanie_urna.jpg

de.rt.com: **US-Tech-Giganten erhalten Zugriff auf indische Agrardaten im Wert von 24 Milliarden US-Dollar**

Die indische Regierung hat es sich zum Ziel gemacht, die rückständige Landwirtschaft ihres Landes zu modernisieren. Bei der Steigerung der Agrarproduktivität sollen US-Techriesen wie Amazon und Microsoft helfen.

Neu-Delhi hat vorläufige Vereinbarungen mit US-Tech-Giganten über den Austausch von Agrarstatistiken als Teil einer ehrgeizigen, von der Regierung geführten Produktivitätsoffensive unterzeichnet. Diese zielt darauf ab, die veraltete Agrarindustrie des Landes zu modernisieren.

Einem Bericht von Bloomberg zufolge werden Amazon, Microsoft und Cisco Systems ab April in der Lage sein, landwirtschaftliche Daten zu nutzen, die die Regierung von Premierminister Narendra Modi seit ihrem Amtsantritt im Jahr 2014 gesammelt hat.

Die Regierung des zweitbevölkerungsreichsten Landes der Welt möchte die Ernährungssicherheit gewährleisten und setzt darauf, dass der Privatsektor den Landwirten mit Apps und Tools helfen könnte, ihre Erträge zu steigern. Diese Woche gab Neu-Delhi bekannt, dass das indische Technologieunternehmen Jio Platforms und der Tabakriese ITC zu den lokalen Großunternehmen gehören, die sich bereits für das Programm angemeldet haben. Der 488 Milliarden US-Dollar schwere Landwirtschaftssektor Indiens beschäftigt fast die Hälfte der Bevölkerung des Landes und macht etwa 18 Prozent der Wirtschaft aus. Mit dem neuen Projekt will die Regierung die Einkommen im ländlichen Raum steigern. Außerdem sollen Importe reduziert und die Lebensmittelverschwendung durch eine bessere Infrastruktur verringert werden. Wenn das klappt, könnte Indien auch mit Exporteuren wie Brasilien, den USA und der Europäischen Union konkurrieren.

Die Consultingfirma Ernst & Young (EY) schätzt, dass die indische Agrartechnologiebranche das Potenzial habe, bis 2025 einen Umsatz von etwa 24 Milliarden US-Dollar zu erzielen, wobei die derzeitige Marktdurchdringung nur ein Prozent beträgt. Der Sektor habe auch die Möglichkeit, Netzwerke, künstliche Intelligenz (KI) und maschinelles Lernen einzusetzen.

Ankur Pahwa, Partner bei der EY India, erklärte gegenüber Bloomberg:

"Es handelt sich um eine Branche mit großen Einflussmöglichkeiten, und die privaten Akteure wittern die Chance und wollen einen großen Teil davon übernehmen."

"In Indien ist die Lebensmittelverschwendung aufgrund mangelnder Technologie und Infrastruktur sehr hoch. Das Programm hat also einen großen Vorteil."

Die erwähnte Vereinbarung sieht vor, dass die großen Technologieunternehmen die indische Regierung dabei unterstützen können, technische Lösungen für Dienstleistungen vom Bauernhof bis zum Verbraucher anzubieten, auf die die Landwirte direkt vor ihrer Haustür zugreifen können. Im Rahmen eines Pilotprogramms hat Microsoft 100 Dörfer ausgewählt, um KI und maschinelles Lernen einzusetzen und eine Plattform aufzubauen. Amazon hat das bereits damit begonnen, Landwirten über eine mobile App Beratung und Informationen in Echtzeit anzubieten, und bietet Lösungsanbietern Cloud-Dienste an.

Neben den Tech-Giganten werden sich wahrscheinlich viele kleinere Unternehmen und Start-ups an dem Programm beteiligen. Einige Kritiker sagen jedoch, dass die indische Regierung dem privaten Sektor mehr Einfluss einräumt, was kleinen und gefährdeten Landwirten schaden könnte.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2021.09/article/61458cb548fbef68d826659c.JPG>

ukrinform.de: **Nationaler Sicherheitsrat stimmt Erhöhung von Etat für Sicherheit und Verteidigung auf 5,9 Prozent des BIP zu**

2022 sollen die Staatsausgaben die Sicherheit und Verteidigung des Landes von 5,93 auf 5,95 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) erhöht werden.

Das beschloss der Rat für Nationale Sicherheit und Verteidigung der Ukraine (RNBO), wie der Sekretär des Rates, Olexij Danilow, nach einer Sitzung des Rates am Freitagabend bekanntgab. Der Staat werde dafür im kommenden Jahr 319,4 Milliarden Hrywnja ausgeben. Danilow zufolge werden die Mittel vor allem für Gehälter der Soldaten und Polizisten sowie für Wohnungen für Kriegsveteranen bestimmt. „Außerdem werden alle Programme, die zuvor der RNBO in seinen Sitzungen unterstützte, es geht um Raketenprogramme, neue Waffen, Seestreitkräfte, Programme für Nachrichtendienste, diese Programmen werden zu 100 finanziert werden“, versicherte er.

Das Ministerkabinett der Ukraine hatte am 15. September den Haushaltsentwurf 2022 gebilligt. Der Entwurf sieht ein Wachstum der Wirtschaftsleistung von 3,2 Prozent und eine Inflationsrate von 6,2 Prozent vor. Im Haushaltsentwurf sind die Einnahmen in Höhe von 1277 Milliarden Hrywnja geplant. Die Ausgaben betragen 1465 Milliarden Hrywnja. Das Haushaltsdefizit soll von 5,5 Prozent im laufenden Jahr auf 3,5 Prozent des BIP sinken.



https://static.ukrinform.com/photos/2020_04/thumb_files/630_360_1587023492-201.jpg

snanews.de: **Venezuela meldet „Terrorangriff“ auf Hauptbank des Landes**

Die venezolanischen Behörden haben via Twitter am Samstag (Ortszeit) einen „terroristischen Angriff“ auf das Finanzsystem des Landes, vor allem auf die Zentralbank bekannt gegeben. Zu dem Angriff auf das nationale Finanzsystem, insbesondere auf die Technologieplattform der Bank of Venezuela, des wichtigsten Bankinstituts des Landes, sei es am Freitag gekommen, hieß es in der Erklärung. Die Regierung würde den „anhaltenden Angriff“ verurteilen.

Infolge der Cyberattacke hätten die Kunden keinen Zugriff auf die Dienstleistungen der Bank sowie auf ihre Konten gehabt und keine Transaktionen durchführen können, hieß es weiter. Der Angriff sei inzwischen gestoppt worden, der Zugang zu den Dienstleistungen werde wiederhergestellt.

Die Behörden würden den Bürgern die Integrität aller Bankkonten und die Sicherheit der Finanzdaten garantieren. Die Staatsanwaltschaft des Landes habe eine Untersuchung des Vorfalls eingeleitet.



https://cdn.snanews.de/img/07e5/09/12/3626969_0:0:3072:1728_1920x0_80_0_0_60abd8a81348ca2cc71dc419414cc235.jpg

Armiyadnr.su: Pressekonferenz des offiziellen Vertreters der Volksmiliz am 18.09.2021
In den letzten 24 Stunden wurden sechs Verletzungen des zweiten Punkts des Komplexes

von Zusatzmaßnahmen zur Kontrolle der Einhaltung des Regimes der Feueereinstellung von Seiten der ukrainischen Kämpfer festgestellt.

In **Richtung Donezk** haben Kämpfer des 16. Bataillons der 58. Brigade die **Siedlung des Oktjabrskaja-Bergwerks** von Donezk mit Mörser beschossen und 20 120mm-Mörsergeschosse auf diese abgefeuert.

Dabei wurden drei Bürger der Republik verletzt, es wurden acht Wohnhäuser beschädigt: Uliza Wassiltschenko 37 und 39, Uliza Engelsa 24, 26, 28, 37, 39 und Uliza Schwernika 48. Infolge der erzwungenen erwidernenden Maßnahmen wurde ein ukrainischer Kämpfer vernichtet, ein weiterer verletzt.

Am Abend haben die Strafruppen Kaschtschenkos wieder das Feuer auf **Losowoje** eröffnet und vier Mörsergeschosse des Kalibers 120mm abgefeuert.

Die Folgen des Mörserbeschusses auf den **Kiewskij-Bezirk** von Donezk sind dokumentiert, die Materialien wurden den Vertretern der internationalen Organisationen, die sich in der Republik befinden, sowie der Generalstaatsanwaltschaft der DVR übergeben, um sie den Strafverfahren gegen den Kommandeur der 58. Brigade Kaschtschenko und die ihm unterstellten Soldaten hinzuzufügen.

In **Richtung Gorlowka** haben Strafruppen der 10. Brigade die **Siedlung des Gagarin-Bergwerks** in Gorlowka mit Granatwerfern beschossen und neun Granaten abgefeuert, außerdem wurde von den Positionen im Gebiet von Nowgorodskoje aus **Schirokaja Balka** mit Schusswaffen beschossen.

In **Richtung Mariupol** haben Kriegsverbrecher der 128. Brigade **Leninskoje** mit Granatwerfern beschossen.

In der Nacht haben Strafruppen der 93. Brigade **Nowolaspa** unter Einsatz von automatischen Granatwerfern beschossen.

Seit Beginn des heutigen Tages haben Kämpfer der 93. Brigade den Beschuss von **Nowolaspa** wieder aufgenommen und elf Mörsergeschosse des Kalibers 120mm abgefeuert. Die Verstöße durch Kämpfer der Ukraine wurden operativ den Vertretern der ukrainischen Seite im GZKK zur Kenntnis gegeben.

Die Verteidiger der Republik beobachten weiter den Gegner und sind bereit, auf Befehl des Kommandos adäquat auf Handlungen der ukrainischen Seite zu reagieren.

Es wurde entdeckt, dass in Verletzung des dritten Punkts der Zusatzmaßnahmen acht Stück **Waffen und Militärtechnik der BFU in der Nähe von Wohnhäusern und kommunalen Objekten** in fünf von der Ukraine kontrollierten Ortschaften stationiert sind.

Aus dem Bestand der 10. Gebirgssturmgruppe:

zwei Abwehr ракетenkomplexe „Osa“ am Rand Jasnogorka.

Aus dem Bestand der 93. mechanisierten Brigade:

zwei Haubitzen 2A36 „Giazint-B“ am östlichen Rand von Chlebodarowka.

Aus dem Bestand der 128. Gebirgssturmgruppe:

zwei Schützenpanzer zwischen Wohnhäusern in Gnutowo.

Aus dem Bestand der 58. Panzergrenadierbrigade:

ein Schützenpanzerwagen in einem Wohngebiet von Krasnogorowka.

Im Verantwortungsbereich der 30. mechanisierten Brigade:

ein Komplex der elektronischen Kriegsführung „TCI-903-02“ auf dem Gebiet eines privaten Hauses in Werschina.

Die ukrainische Seite blockiert weiter die Funktion von Drohnen der OSZE-Mission. So hat der Gegner, um die Erfassung von Verstößen von Seiten der 30. und der 128. Brigade zu verhindern, Stationen der elektronischen Kriegsführung „Bukowel-AD“ aus dem Bestand einer mobilen Gruppe des 305. Bataillons für elektronische Kriegsführung eingesetzt, um die Leitungs- und Navigationskanäle bei Flügen von Drohnen der OSZE-Mission in den Gebieten von Semigorje, Pischtschewik und Orlowskoje zu blockieren.

Wir beobachten weiter die Handlungen des Gegners und stellen den Stand der Dinge in den

Verbänden und Truppenteilen der ukrainischen Streitkräfte in der OOS-Zone fest. In dieser Woche haben im Verantwortungsbereich der 25. Brigade **Offiziere einer Kommission des Stabs der OOS unter Leitung des Kommandeurs der OOS Pawljuk** gearbeitet. Bei ihrer Arbeit in dem Verband gab es ein Vorkommnis im Zusammenhang mit dem Tod eines Soldaten des 3. Bataillons. Nach Materialien einer von Mitarbeitern des militärischen Rechtsordnungsdienstes durchgeführten Ermittlung erhängte sich der Soldat Denissow auf dem Kampfposten am Riemen seiner Maschinenpistole. Die vorläufige Ursache des Selbstmords – übermäßiger Drogenkonsum.

Im Zusammenhang damit befahl Pawljuk dem Kommandeur der operativ-taktischen Gruppierung „Ost“ Tarnawskij, persönlich die Arbeit von Psychologen zu leiten, um den moralisch-psychischen Zustand des Personals der 25. Brigade zu untersuchen. Die Donezker Abteilung des militärischen Rechtsordnungsdienstes erhielt den Auftrag, die Zahl der außerplanmäßigen Kontrolle von Einheiten, die Kampfaufgaben ausführen, in Bezug auf Alkohol- und Drogenkonsum zu verstärken.

In den Einheiten der 54. Brigade, die gerade in der OOS-Zone eingetroffen ist, ist eine **Unzufriedenheit der ukrainischen Kämpfer mit den nicht zufriedenstellenden Unterbringungs- und Lebensbedingungen** festzustellen.

So liegen Informationen vor, dass Kämpfer des 2. Bataillons, die Positionen im Gebiet von Marjinka einnehmen, wegen des Mangels an Betten in der Unterkunft unter offenem Himmel übernachten müssen und verschiedene selbstgebaute Einrichtungen nutzen. Als sichersten Übernachtungsplatz nutzen die ukrainischen Soldaten „Drahtschotterbehälter“, die die abgezogenen Einheiten der 28. Brigade ohne Inhalt hinterlassen haben.

Aus diesem Grund entstand ein Konflikt von Strafsoldaten der 54. Brigade mit Kämpfern einer Aufklärungskompanie der 28. Brigade, die bis Ende September zur Ausführung provokativer Handlungen im vorderen Verteidigungsgebiet zurückgeblieben sind.

Eine Reihe von Beschwerden äußerten Kämpfer der 93. Brigade gegenüber ihrem Kommando. So hat der Brigadekommandeur Brishinskij schon Anfang Mai, angeblich zum Erhalt der Gefechtsfähigkeit der Einheiten, zeitweilige Beschränkungen für Urlaubsgewährungen für seine Untergebenen eingeführt. Grundlage dafür war die geringe Personalausstattung und das Fehlen von Reserven zur Ablösung von Kämpfern im vorderen Bereich. Derzeit drohen Kämpfer des 1. mechanisierten Bataillons im Zusammenhang mit der Verlängerung des geltenden Urlaubsverbots damit, eigenmächtig die Positionen und die OOS-Zone zu verlassen.

Außerdem wurden kriminelle Schemata des für den rückwärtigen Dienst zuständigen kommissarischen stellvertretenden Kommandeurs der 93. Brigade bekannt. Im Bestreben, am Krieg zu verdienen, verkauft er, über einen bekannten Offizier der Reserve Leutnant Kowaltschuk, die der Brigade gelieferten Wintersachen in einem Telegram-Kanal in Dnjepr. Von Einwohnern der Donezker Oblast gehen Beschwerden über Handlungen von Mitarbeitern der territorialen Zentren für Ausrüstung und soziale Unterstützung der Ukraine ein.

So werden, zur Erhöhung der Verteidigungsfähigkeit unter dem Vorwand einer „Aggression von Seiten Russlands“ bei für Ende September geplanten Übungen mit Reservisten Kandidaten für die Ausstattung der Brigaden, die Aufgaben in der OOS-Zone ausführen, ausgewählt werden. Um Bürger für die Übungen heranzuziehen haben die militärisch-zivilen Verwaltungen den Erhalt der Löhne, die Gewährleistung von Verpflegung und speziellen Zahlungen angekündigt.

Dabei wurde, nach Mitteilung eines Einwohner von Mariupol, dieser in Abwesenheit ohne seine Zustimmung in die Listen der 56. Panzergrenadierbrigade aufgenommen. Wie im territorialen Ausrüstungszentrum von Mariupol erläutert wurde, droht bei Weigerung, an den Übungen teilzunehmen und in den Militärdienst einzutreten, strafrechtliche Verfolgung von Seiten der Rechtsschutzorgane.

de.rt.com: **Russlands Wahlbehörde vermeldet drei ausländische Cyberangriffe am ersten Tag der Parlamentswahl**

Russland wählt vom 17. bis 19. September ein neues Parlament. Ein Vertreter der Zentralen Wahlkommission hat auf einem Briefing am Samstag von drei zielgerichteten Cyberangriffen auf Ressourcen der Behörde berichtet, die aus dem Ausland durchgeführt worden sein sollen. Der Leiter des Föderalen Zentrums für Informatisierung bei der Zentralen Wahlkommission Russlands, Alexander Sokoltschuk, hat auf einem Pressebriefing am Samstag von Cyberangriffen auf Ressourcen der russischen Wahlbehörde berichtet. Am ersten Wahltag seien drei zielgerichtete Attacken aus dem Ausland registriert worden. Der Sprecher weigerte sich jedoch, die Länder zu nennen, von denen aus die angeblichen Cyberangriffe durchgeführt worden sein sollen. Die Frage nach der Herkunft der jeweiligen IP-Adressen sei nämlich umstritten.

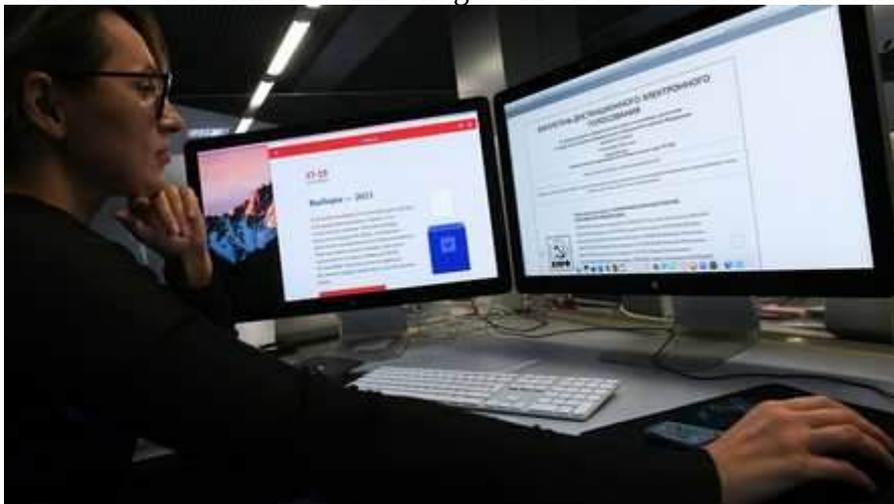
Die Zentrale Wahlkommission Russlands schrieb auf Telegram über zwei Versuche, das Internet-Portal der Behörde auf mögliche Verletzlichkeit zu scannen, und über eine verteilte DDoS-Attacke. Am Morgen des 18. September sei ein weiterer DDoS-Angriff registriert worden. Man habe deswegen rund 246.000 Anfragen an die Website blockiert.

Sokoltschuk stufte die Attacke als ziemlich stark ein. Die Leiterin der Wahlbehörde, Ella Pamfilowa, teilte auf dem Pressebriefing am Samstag ihrerseits mit:

"Attacken dauern an. Sie haben eine absolut deutliche Richtung. Wir wissen das. Wir reagieren darauf gelassen und werden dagegen vorgehen."

Wie man der Mitteilung entnehmen konnte, war das System der elektronischen Abstimmung davon nicht betroffen. Zuvor hatten russische Experten die Sicherheit und die Zuverlässigkeit der digitalen Stimmabgabe hervorgehoben.

Pandemiebedingt wird die Abstimmung für die Staatsduma, das Unterhaus des russischen Zwei-Kammern-Parlaments, innerhalb von drei Tagen durchgeführt – vom 17. bis zum 19. September. Um 450 Abgeordnetenplätze wetteifern 14 politische Parteien: Über Parteilisten werden 225 Mandate vergeben, weitere 225 Abgeordnete werden in Einzelwahlkreisen nach dem relativen Mehrheitswahlrecht gewählt. Die Staatsduma wird für fünf Jahre gewählt.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2021.09/article/6145d9b3b480cc53707d1353.jpg>

snanews.de: **Explosionen in afghanischem Kabul und Dschalalabad: Mindestens drei Tote und 22 Verletzte**

In der afghanischen Hauptstadt hat es am Samstagvormittag zwei Explosionen gegeben, wie eine Quelle in den Sicherheitskräften in Kabul gegenüber SNA mitteilte. Internationale Nachrichtenagenturen berichten von drei weiteren Bombenanschlägen in Dschalalabad im Osten Afghanistans.

Nach den Angaben forderte die erste Explosion im Gebiet Dasht-Barchi bei Kabul mindestens zwei Verletzte. Eine magnetische Mine wurde auf ein geparktes Auto geklebt. Laut den

Zeugen parkte das Auto seit Freitagabend auf der Straße. Die zweite Explosion ereignete sich im 13. District der Hauptstadt, bisher sind keine Opfer zu beklagen.

Am Samstag gab es laut der Nachrichtenagentur AP auch in Dschalalabad, der Hauptstadt der ostafghanischen Provinz Nangarhar, drei Explosionen, die auf Fahrzeuge der Taliban abzielten. Mindestens drei Menschen kamen dabei ums Leben, 20 weitere sind verletzt worden. Andere Quellen sprechen von 21 Verletzten.

Bislang übernahm keine Gruppierung die Verantwortung für diese Anschläge. Von AP wird aber die Terrormiliz „Islamischer Staat“ (IS) damit in Zusammenhang gebracht, die ihren Sitz im Osten Afghanistans hat und als ein Feind der Taliban gilt.



https://cdn.snanews.de/img/07e5/09/12/3627453_0:160:3073:1888_1920x0_80_0_0_2d14f31b40a9d3d645901abeec63f259.jpg

de.rt.com: **Russische Zentralbank: Globaler Status des Dollar sinkt, da Länder auf andere Währungen setzen**

Der US-Dollar spielt sowohl auf dem russischen als auch auf dem globalen Markt immer noch eine wichtige Rolle. Das Interesse an ihm verringert sich jedoch allmählich zugunsten anderer Währungen, insbesondere des Euro.

In einem Gespräch mit der Wirtschaftszeitung RBK stellte die Chefin der russischen Zentralbank Elwira Nabiullina fest, dass die internationale Wirtschaft allmählich vom US-Dollar auf andere Währungen umsteigt.

Russland änderte die Struktur seines Nationalen Vermögensfonds, um den US-Dollar zu streichen – "unter Berücksichtigung nicht nur wirtschaftlicher, finanzieller Erwägungen, sondern auch geopolitischer, einschließlich Sanktionsrisiken", so die Beamtin.

Anfang dieses Jahres gab das Finanzministerium bekannt, dass es alle US-Dollars im Fonds abgeworfen hatte, wodurch der Anteil des Euro und des chinesischen Yuan auf 9,7 Prozent beziehungsweise 30,4 Prozent gestiegen war. Das britische Pfund liegt zurzeit bei fünf Prozent, der japanische Yen bei 4,7 Prozent. Nabiullina betonte gegenüber der Zeitung:

"Wir haben den US-Dollar nicht nur in unserem Nationalen Vermögensfonds, sondern auch in unseren Devisenreserven reduziert."

Ihrer Einschätzung nach werden die weltweiten Devisenmärkte langsam vom US-Dollar Abstand nehmen. Die Länder werden beginnen, ihre eigenen nationalen Währungen und den Euro für den grenzüberschreitenden Handel zu verwenden, meinte die Zentralbankchefin.

Dies werde jedoch nicht in absehbarer Zeit geschehen:

"Diese Dinge passieren nicht plötzlich. Sie brauchen Jahre."

Nabiullina erinnerte daran, dass sich die Abschwächung der ehemaligen Reservewährung der Welt, des britischen Pfundes, über viele Jahre hingezogen hatte.

Im Juli erklärte der chinesische Botschafter in Russland gegenüber der Nachrichtenagentur Interfax, dass Moskau und Peking ihre Bemühungen um eine Abkehr vom US-Dollar im

bilateralen Handel verstärken würden. Er wies darauf hin, dass der Anteil des Yuan von 3,1 Prozent im Jahr 2014 auf 17,5 Prozent im Jahr 2020 gestiegen sei.

Im vergangenen Jahr war der Anteil des US-Dollars am Handel zwischen China und Russland zum ersten Mal unter 50 Prozent gefallen. Nur vier Jahre zuvor, im Jahr 2016, entfielen noch über 90 Prozent der Währungsabrechnungen auf den US-Dollar.



<https://cdn.rt.com/deutsch/images/2021.09/article/6145a86248fbef68cc07436b.jpg>

de.rt.com: **China stellt offiziell Antrag auf Beitritt zum asiatisch-pazifischen Freihandelspakt**

Die zweitgrößte Volkswirtschaft der Welt, China, hat einen Beitrittsantrag bei der aktuellen Transpazifischen Partnerschaft CPTPP gestellt – eine Freihandelszone mit derzeit elf Mitgliedsstaaten. Ob der Antrag angenommen wird, wird sich jedoch erst noch zeigen. Nach Angaben des chinesischen Handelsministeriums hat das Land in einem Schreiben an den neuseeländischen Handelsminister Damien O'Connor einen Antrag auf Beitritt zum Comprehensive and Progressive Agreement for Trans-Pacific Partnership (CPTPP) gestellt. Das CPTPP wurde 2018 von elf Ländern unterzeichnet, darunter Australien, Kanada, Chile, Japan und Neuseeland. Die in das Abkommen einbezogenen Volkswirtschaften repräsentieren fast eine halbe Milliarde Verbraucher und erwirtschaften 13,3 Prozent des weltweiten BIP. Das Handelsabkommen ist im Wesentlichen eine aktualisierte Version der unglücklichen Transpazifischen Partnerschaft (TPP), die als wichtiges wirtschaftliches Gegengewicht zu Chinas regionalem Einfluss angesehen wurde. Dieses Abkommen wurde von der Obama-Regierung ausgehandelt, aber von den USA nicht ratifiziert. Als Donald Trump sein Amt antrat, zog er die USA aus dem Handelspakt zurück.

Japan, das in diesem Jahr den CPTPP-Vorsitz innehat, erklärte, es werde sich mit den Mitgliedsländern beraten, um auf Chinas Antrag zu reagieren. Der japanische Wirtschaftsminister Yasutoshi Nishimura sagte am Freitag:

"Japan glaubt an die Notwendigkeit, festzustellen, ob China, das einen Antrag auf Beitritt zur TPP-11 gestellt hat, bereit ist, die extrem hohen Standards zu erfüllen."

Das CPTPP könnte für China und andere regionale Volkswirtschaften, die im vergangenen Jahr mit der Regional Comprehensive Economic Partnership (RCEP) die größte Freihandelszone der Welt geschaffen haben, ein weiteres umfangreiches Handelsabkommen sein.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2021.09/article/6144ec7548fbef68dc314b40.JPG>